



Antrag-Nr. VII-A-09316

Status: **öffentlich**

Eingereicht von:
Jugendparlament

Stammbaum:
VII-A-09316 Jugendparlament

Betreff:

**Für eine Entstigmatisierung des Leipziger Ostens: Waffenverbotszone
in der Eisenbahnstraße endlich abschaffen!**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten): Gremium	Voraussichtlicher Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ratsversammlung	15.11.2023	Verweisung in die Gremien
FA Umwelt, Klima und Ordnung SBB Ost	21.11.2023	1. Lesung Anhörung

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Leipzig beim Staatsministerium des Innern für eine Abschaffung der Waffenverbotszone nach § 42 Absatz 5 WaffG im Bereich der Eisenbahnstraße bis spätestens Ende des 2. Quartals 2024 unabhängig eines Maßnahmenplans einzusetzen hat. Insofern die Abschaffung bis dahin nicht erfolgt ist, sind rechtliche Schritte zu prüfen.

Sachverhalt

Begründung des Antrags

Es ist bekannt, dass die Waffenverbotszone im Bereich der Eisenbahnstraße ihren gesetzlich vorgegebenen Zweck nicht erfüllt, dies ging schon aus dem zugehörigen Evaluationsbericht aus 2021 hervor.

So trägt sie in ihrer bisherigen Form unnötigerweise zur weiteren Stigmatisierung des Leipziger Ostens und insbesondere der Eisenbahnstraße als „gefährlichste Straße Deutschlands“ bei.

Es wäre eigentlich davon auszugehen, dass sich aufgrund dieser Situation darum bemüht würde, die Waffenverbotszone möglichst schnell und unbürokratisch abzuschaffen. Das Gegenteil ist der Fall, die Abschaffung wird an einen „Maßnahmenplan“ geknüpft, welcher allerdings seit über zwei Jahren in „Arbeit“ ist.

Absurd genug, dass die Waffenverbotszone fast die Hälfte der Zeit ihres Bestehens eigentlich schon abgeschafft sein sollte, ist es doch auch mindestens mal schwer nachzuvollziehen, inwiefern denn überhaupt ein „Maßnahmenplan“, der schlichtweg sozialpolitische Maßnahmen auf Kommunalebene umsetzen soll, im Zusammenhang mit einer Waffenverbotszone, deren einzige bisher nachgewiesene Wirkung eine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls war, steht.

Kurz gesagt: Eine rechtlich nicht legitime Waffenverbotszone sollte schnellstmöglich abgeschafft werden, also warum wird dafür ein solch umfangreicher „Maßnahmenplan“ benötigt, dass die Erarbeitung desselben mehrere Jahre dauert?

Der Status quo ist inakzeptabel, er trägt zu einer weiteren Stigmatisierung eines Stadtteils bei, welcher schon genug damit zu kämpfen hat und das ohne rechtliche Legitimierung oder praktische Notwendigkeit.

Eine Abschaffung der Waffenverbotszone ist alternativlos und muss endlich schnell und unbürokratisch geschehen.

Anlage/n

Keine